

Landtagswahl Niedersachsen 2017

Wir haben nachgefragt – der DBfK Nordwest e.V. hat elf Fragen rund um die Pflege an die Abgeordneten und Parteien zur Landtagswahl in Niedersachsen gestellt. Lesen Sie hier die Antworten, die bei uns eingegangen sind und die wir für Sie in einer Übersicht zusammengestellt haben.



1. Wie steht Ihre Partei zu **Mindestpersonalvorgaben** und was planen Sie in Bezug auf die Entwicklung von Instrumenten zur Personalbemessung im SGB V und SGB XI Bereich?



Patientinnen und Patienten, sowie Angehörige leiden unter dem bestehenden Personalmangel. Für die Beschäftigten ist die Belastungsgrenze längst überschritten. Wir treten daher für gesetzliche Vorgaben zur Personalmindestausstattung ein. Eine entsprechende Erklärung hat Stephan Weil unterschrieben. Verbindliche Vorgaben für die Personalausstattung sind unumgänglich für gute Arbeitsbedingungen und für eine qualitativ gute Patientenversorgung. Wir brauchen eine Krankenversorgung ohne Gesundheitsschäden für die Beschäftigten. Arbeit im Krankenhaus muss wieder Freude machen. Das reduziert den Krankenstand, mindert den Fachkräftemangel und kommt den Patientinnen und Patienten sowie ihren Angehörigen zu Gute. Die Einführung verbindlicher Personalvorgaben für alle Pflegebereiche und eines Systems zur bedarfsgerechten Personalbemessung sind überfällig. Verbindliche Personalvorgaben für alle Bereiche im Krankenhaus müssen gesetzlich festgelegt werden.



Die Mitarbeiter in den Gesundheits- und Pflegeberufen haben eine verantwortungsvolle und anspruchsvolle Aufgabe. Sie sind die Stütze der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Sie verdienen für ihre Arbeit Wertschätzung und eine gerechte Bezahlung. Nur so wird sich ausreichend Nachwuchs für diesen Berufszweig gewinnen lassen. Wir wollen eine Verbesserung der Personalsituation erreichen – sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Dazu gehört die Anerkennung der tariflichen Bezahlung bei der Kalkulation der Entgelte für alle Pflegeleistungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es in der Pflege weniger Hektik, weniger Dokumentationspflichten und mehr Zeit für das menschliche Miteinander gibt. Weiterhin setzen wir auf eine Imagekampagne für Pflegeberufe, um mehr junge Frauen und Männer für diesen wichtigen Beruf zu gewinnen. Hierfür werden wir gemeinsam mit den Pflegeeinrichtungen, den Pflegekassen und den Sozialverbänden Schritte zur Verbesserung der Personalschlüssel in der ambulanten und stationären Pflege vereinbaren. Die CDU ist allerdings nicht davon überzeugt, dass gesetzlich fixierte Mindestpersonalvorgaben geeignet sind, den Personalbedarf in der Pflege zu sichern und die Pflegequalität zu steigern.

	<p>Wir halten Personalvorgaben in allen Bereichen der Pflege für dringend erforderlich. Die von der Großen Koalition im Bundestag beschlossenen Personaluntergrenzen in „pflegesensitiven Bereichen“, die durch die Selbstverwaltung erarbeitet werden sollen, sind jedoch aus verschiedenen Gründen unzureichend:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Untergrenzen bilden nicht den tatsächlichen Bedarf an Pflegepersonal ab, sie sichern lediglich eine Mindestversorgung. • Personalvorgaben sind nicht nur in den „pflegesensitiven Bereichen“ (also auf Intensivstationen und während des Nachtdienstes) erforderlich, sondern in allen Versorgungsbereichen und in allen Schichten. • Personalvorgaben müssen sich am tatsächlichen Bedarf an Pflegepersonal orientieren und dürfen nicht durch ökonomische Überlegungen beeinflusst werden. Darüber hinaus sind mindestens die Pflegeverbände in die Erarbeitung einzubeziehen. • Es besteht die Gefahr, dass die geplanten Mindestpersonalvorgaben zum Standard werden, ähnlich wie es mit der Fachkraftquote in der stationären Altenpflege passiert ist. <p>Die Entwicklung eines wissenschaftlich basierten Personalbemessungsinstrumentes für die stationäre Altenpflege begrüßen wir ausdrücklich und setzen uns für eine analoge Regelung im SGB V bzw. für ein die Entwicklung eines übergreifenden Instrumentes ein, das in allen Bereichen der Pflege zur Anwendung kommen kann.</p>
	<p>Wir sind der Auffassung, dass in vielen Bereichen mehr Personal notwendig ist. Fraglich ist hingegen, ob die starre Fachkraftquote erhalten bleiben muss. Hier gilt es eine Überprüfung der Vorschriften in Hinblick auf die Realitäten in den Einrichtungen vorzunehmen.</p>

2. Welche **Sofortmaßnahmen** werden Sie ergreifen, um nach der Regierungsübernahme die **Personalausstattung in allen Pflegebereichen** (Krankenhaus, ambulante und stationäre Altenpflege) in der Nacht und am Wochenende zu verbessern?






Das Land hat an dieser Stelle keine gesetzgeberische Möglichkeit. Wir werden uns weiter im Rahmen unserer Möglichkeiten massiv für einen Tarifvertrag Soziales bzw. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung einsetzen. Insbesondere werden wir auch das Thema einer besseren Betreuung für akut erkrankte Demenzpatienten im Krankenhaus (Sitznachtwache etc.) aufgreifen. Stephan Weil hat den Bund aufgefordert, seine Gesetzgebungskompetenz zu nutzen und die Vorgaben für die Personalausstattung der Krankenhäuser endlich auszuweiten und finanziell auszustatten. Gleichzeitig versprach Stephan Weil, im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten aktiv zu werden. Er erklärte: „Solange es auf Bundesebene keine entsprechende gesetzliche Regelung gibt, wird eine SPD geführte Landesregierung unter meiner Führung die Möglichkeiten auf Landesebene nutzen und für die überfällige Finanzierung einer besseren Personalausstattung über die GKV eintreten. Und wir werden in diesem Fall im Niedersächsischen Krankenhausgesetz Personalmindeststandards/Personaluntergrenzen für die Krankenhäuser festlegen, die die Träger und Kassen in die Pflicht nimmt.“









Wir werden für die Dauer der kommenden Legislaturperiode einen unabhängigen Bürokratie-TÜV unter Leitung eines Beauftragten für Entbürokratisierung einsetzen. Dieser wird alle neuen Gesetze auf ihre Bürokratiekosten überprüfen, Vorschläge zur Entbürokratisierung erarbeiten und Melde- und Dokumentationspflichten verringern. Gerade überflüssige Melde- und Dokumentationspflichten binden Personal und erhöhen die Hektik in der Pflege. Hier wollen wir zügig für spürbare Entlastungen sorgen.
Mit einem Ausbildungsförderprogramm für Jugendliche aus EU-Mitgliedsstaaten mit dem Ausbildungsziel Pflegefachkraft sowie mit einem Landesprogramm zur Qualifizierung anerkannter Flüchtlinge zu Pflegeassistenten werden wir zusätzliche Pflegekräfte gewinnen. Wir werden mit einem beschleunigten Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse sowie mit Angeboten der Nachqualifizierung zu einem schnelleren Einsatz bereits ausgebildeter Fachkräfte kommen.







Grundsätzlich halten wir langfristige Lösungen für notwendig, um die Personalsituation in der Pflege zu verbessern und die Finanzierung sicherzustellen, z.B. eine grundlegende Reform der Krankenhausfinanzierung und die Einsetzung einer Expertenkommission zur Erarbeitung eines Personalbemessungsinstrumentes. Kurzfristig ist auf Landesebene vor allem über eine Erhöhung der Investitionsmittel zu diskutieren, um die Krankenhäuser finanziell zu entlasten und Mehrausgaben für die Pflege zu ermöglichen. Landesrechtliche Möglichkeiten für Vorgaben zur Personalausstattung werden wir darüber hinaus prüfen.

	<p>Dass eine verbesserte Personalausstattung in der Pflege dringend notwendig ist, ist für uns schon seit längerem klar. Leider wurde unser Antrag (Landtagsdrucksache 17/5086) hierzu durch die rot-grüne Mehrheit weichgespült. Aus unserer Sicht muss die Landesregierung sich als überörtlicher Träger der Sozialhilfe bei den nächsten Verhandlungen zu den Rahmenverträgen für eine deutliche Erhöhung des Personalschlüssels einzusetzen.</p>
<p>3. Wie stellen Sie sicher, dass der Pflegeberuf in allen Pflegebereichen (Krankenhaus, ambulante und stationäre Altenpflege) eine angemessene und damit deutlich höhere Vergütung erfährt?</p>	
	<p>Die Belastungen des Pflegepersonals, ihre körperliche und psychische Beanspruchung sind hoch. Eine SPD-Landesregierung wird alle Maßnahmen unterstützen, die die Verdichtung dieser Arbeit reduzieren. Sie wird den Abschluss verbindlicher Branchen-Tarifverträge in der Altenpflege für eine bessere Bezahlung unterstützen. Auf der Bundesebene wird sie sich dafür einsetzen, dass Pflegekassen zu einer Art Tariftreuegesetz verpflichtet werden: Sie sollen Versorgungsverträge nur noch mit Einrichtungen abschließen, die ihre Pflegekräfte nach Tarif bezahlen. Außerdem fordert eine SPD-Landesregierung bundeseinheitliche Qualitätsstandards in der Weiterbildung sowie eine wechselseitige Anerkennung landesrechtlich geregelter Abschlüsse. Wenn tarifgerechte Bezahlung gewährleistet ist, wird eine SPD-Landesregierung Pflegeeinrichtungen zur Einstellung von ausländischem Personal unterstützen. Migrantinnen und Migranten können als Pflegekräfte wertvolle Beiträge leisten – besonders bei kultursensibler Pflege. Den pflegespezifischen Spracherwerb werden wir durch geeignete Maßnahmen unterstützen. Langfristiges Ziel muss es sein, dass die Pflegeversicherung in eine vollwertige Sozialversicherung und nicht als Teilkaskomodell weitergeführt wird. So lange durch Tariferhöhungen letztendlich die Mehrkosten durch die Pflegebedürftigen bzw. Sozialhilfeträger zu leisten sind, erschwert es die tarifliche Bezahlung in allen Bereichen.</p>
	<p>Die Verantwortung für eine leistungsgerechte Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen liegt bei den Sozialpartnern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit tariflichen Maßnahmen der Leistungswettbewerb zwischen den Pflegeeinrichtungen so gestaltet wird, dass nicht der günstigste Preis, sondern die Qualität der Leistung im Fokus steht. Im Dialog wollen wir auch private Anbieter vom Mehrwert des angestrebten Tarifvertrags Soziales in der Altenpflege überzeugen.</p>

	<p>Wir setzen uns nach wie vor für einen Tarifvertrag Soziales in Niedersachsen ein, der nötigenfalls auch per Verordnungsermächtigung durchgesetzt wird, sollte die Selbstverwaltung nicht zu einer sachgerechten Lösung kommen. Darüber hinaus müssen Art und Umfang pflegerische Leistungen – auch vor dem Hintergrund des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes - stärker in die DRG-Kalkulation einfließen. Tariflöhne sind zudem von den Kostenträgern zu erstatten.</p>
	<p>Die Entlohnung muss der Qualifikation und der Verantwortung entsprechen. Spezielle Pflege-DRGs (Fallpauschalen) für die Krankenhäuser würden die Pflegeleistung aufwerten und verhindern, dass bei wirtschaftlichen Engpässen unauffällig am Budget für die Pflegekräfte gespart wird. Tarifsteigerungen und eine verbesserte Personalausstattung müssen voll refinanziert werden.</p>
<p>4. Welche Maßnahmen werden Sie für die Pflegenden in Niedersachsen ergreifen, um die Voraussetzungen für gesunde Arbeitsbedingungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen?</p>	
	<p>Nach wie vor ist die Pflege nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt. Gesellschaft, Politik, Leistungserbringer und Pflegekassen verfolgen individuelle Ziele oder Verbandsinteressen. Um die Herausforderungen der Pflege zu meistern, wird die SPD eine offensive und breite Diskussion anstoßen, die Themen wie Alter, Solidarität, Aufgaben des Einzelnen, der Familie, der Gesellschaft, Generationengerechtigkeit und die kulturelle Frage des Zusammenlebens als gemeinsame Aufgabe definiert. Wir fördern altersgerechte technische Assistenzsysteme, um den Lebensabend selbstbestimmt im eigenen Haushalt zu verbringen. Dieser Wunsch vieler Menschen kann wegen der begrenzten personellen Ressourcen oft nur mit Hilfe altersgerechter technischer Assistenzsysteme erfüllt werden. Solche Systeme müssen in den Pflegealltag integriert werden – auch zur Entlastung der Pflegekräfte. Pflegebedürftige sollen über ein persönliches Budget verfügen, damit sie selbst auswählen können, welche Hilfen und Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen. Dafür wird die SPD auf Bundesebene streiten. Ebenfalls auf Bundesebene wird sie sich für eine faire Entlohnung pflegender Angehöriger einsetzen. Analog zum Elterngeld soll befristet eine Lohnersatzleistung (Pflegegeld) gewährt werden, die neben einer Anreizfunktion zur Pflegebeteiligung von Familienangehörigen sicherstellt, dass Pflegezeiten stärker bei der Rente berücksichtigt werden. Diese Maßnahmen werden auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.</p>

	<p>Wo dies aufgrund des Engagements der Angehörigen sinnvoll ist, werden wir auch zukünftig häusliche Pflege ermöglichen. Hierfür benötigen wir eine stärkere Entlastung pflegender Familienangehöriger. Zu ihrer Unterstützung werden wir den Ausbau der Angebote für Kurzzeit- und Verhinderungspflege insbesondere im ländlichen Raum unterstützen. Viele pflegende Familienangehörige riskieren durch Pflegezeiten berufliche Aufstiegschancen. Ihnen wollen wir besser helfen. Deshalb brauchen alle, die zur Betreuung oder Pflege von Kindern oder Angehörigen ihre Erwerbstätigkeit zurückgestellt oder unterbrochen haben, die Perspektive für den Wiedereinstieg auch in Vollzeitbeschäftigung. Wir werden Unternehmen dabei unterstützen, unterjährige Erwerbsunterbrechungen besser zu kompensieren. Diese Reform kann bestehende Lohnlücken zwischen Frauen und Männern verringern und leistet damit einen Beitrag zur Gleichberechtigung. Gleichzeitig werden wir die Arbeitsbedingungen für die in der Pflege beruflich Tätigen verbessern, um ihre Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern. Hierzu gehören beispielsweise ausgeweitete Kinderbetreuungszeiten für Menschen in Schichtarbeit oder ein stärkerer Rückgriff auf Online-Kurse bei Fort- und Weiterbildungen. Mit einem Ausbau der Betriebsmedizin und der Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz wollen wir Arbeitsbedingungen auch für ältere Pflegekräfte verbessern.</p>
	<p>Bereits in dieser Legislaturperiode hat die rot-grüne Landesregierung ein Förderprogramm zur Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum aufgelegt, das u.a. Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt. Die Ergebnisse der geförderten Projekte werden zu gegebener Zeit evaluiert und im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf andere Versorgungsbereiche geprüft werden. Darüber hinaus setzen wir uns für einen Ausbau der Kinderbetreuung auch zu Randzeiten und an Wochenenden ein.</p>
	<p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns ein äußerst wichtiges Thema, dem wir uns ganzheitlich nähern. Beispiele hierfür sind: die Schaffung flexiblerer Arbeitszeitangebote und flexible Betreuungsangebote: Wir Freie Demokraten wollen die Betreuungsangebote der Kindertagesstätten an den sich ändernden Berufsalltag der Eltern anpassen. Da in immer mehr Familien beide Elternteile einer Arbeit nachgehen und Arbeitszeiten im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung viel flexibler werden, müssen auch die Betreuungszeiträume flexibler werden. Wir wollen Kommunen fördern, die ihre Vormittagsangebote ausweiten und 24-Stunden-Kita-Angebote einrichten. Wir wollen erreichen, dass ein Studium und eine akademische Beschäftigung mit den spezifischen Herausforderungen einer Familie besser vereinbart werden kann. Dazu müssen u. a. auch mehr Plätze für Kinderbetreuung auch an Hochschulen geschaffen werden. Wir setzen uns für die Förderung von Langzeitarbeitskonten ein, denn sie können ein wesentliches Element für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Freiheit oder für das lebenslange Lernen sein. Hierzu gehören auch Sabbatical-Modelle. Insbesondere in Zeiten digitaler Arbeitswelten wird die damit verbundene Zeitsouveränität zunehmend ermöglicht. Wir wollen gezielte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmodelle für Frauen in der Familienphase und zur beruflichen Weiterentwicklung konzipieren und die Rückkehr in den Arbeitsmarkt nach familienbedingter</p>

	<p>Unterbrechung fördern. Und nicht zuletzt müssen die beruflichen Rahmenbedingungen der Pflegeberufe besser werden, damit es gelingt, mehr Menschen für die Ausbildung zu gewinnen und ihnen zu ermöglichen, lange in diesen Bereichen zu arbeiten und gerne nach einer Familienpause in den Beruf zurück zu kehren,</p>
<p>5. Wie plant Ihre Partei die Pflegekammer Niedersachsen und den DBfK als größten Berufsverband der Pflegenden an pflegepolitischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen?</p>	
	<p>Wir wollen die Pflegekammer vor allem für die Beschäftigten in der Pflege. Unser zentrales Ziel ist es, dass die größte Berufsgruppe der Pflege auf Augenhöhe agieren kann. Sie soll eine starke Stimme, eine durchsetzungsfähige Lobby und eine starke Interessenvertretung bekommen. Die Kammer wird staatliche Aufgaben als Körperschaft des öffentlichen Rechts wahrnehmen. Des Weiteren werden Verbände, wie auch Kammern, z.B. bei der Entstehung von Gesetzen im Rahmen von Anhörungen einbezogen.</p>
	<p>Wir verstehen uns als Partner der vielen engagierten Pflegekräfte. Von der Pflegekammer in ihrer jetzigen Form sind wir jedoch nicht überzeugt. Wir werden sie daher auf den Prüfstand stellen. Zwangsmitgliedschaften und hohe Bußgelder bei Nichteintritt werden wir definitiv abschaffen. Wir setzen stattdessen auf den echten und zielorientierten Dialog mit den Fachkräften in der Pflege und ihren Arbeitnehmervertretern. Wir werden den Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe aktiv in die Beratungen zur Verbesserung des Pflegeschlüssels und der Stärkung des Berufsbildes in der Kranken- und Altenpflege einbinden.</p>
	<p>Die Möglichkeit der Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen war für uns ein entscheidendes Argument für die Errichtung der Pflegekammer in Niedersachsen. Sie wird für uns daher neben dem DBfK zukünftig die wichtigste Ansprechpartnerin bei pflegerelevanten Fragestellungen und parlamentarischen Initiativen sein.</p>
	<p>Aus unserer Sicht muss hier zunächst einmal rechtssicher geklärt werden, ob die Pflegekammer die wenigen nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens verbliebenden Aufgaben tatsächlich alle wahrnehmen darf und ob sie auch ansonsten mit höherrangigem Recht vereinbar ist. Besondere Bedenken bestehen aus unserer Sicht hinsichtlich der Pflichtmitgliedschaft, die möglicherweise verfassungswidrig ist. Aus unserer Sicht soll der DBfK sich jeweils wie alle Berufsinteressenverbände beteiligen können.</p>

6. Wie stehen Sie zur **Reform der Pflegeausbildung** und was tun Sie, um diese schnellstmöglich umzusetzen?







Die SPD hat sich jahrelang für die generalisierte Pflegeausbildung eingesetzt. Wir werden für das Gelingen der Reform alles tun, um die Attraktivität des Pflegeberufes maßgeblich zu steigern. Das ist auch ein sehr wichtiger Schritt, um den Herausforderungen des demografischen Wandels und dem Mangel an Pflegepersonal zu entgegnen. Der Einstieg in die Aufwertung der sozialen Berufe ist damit geglückt. Ziel muss aber sein, nach der Evaluierung eine alleinige generalisierte Pflegeausbildung in Deutschland zu haben.









Die CDU unterstützt die Zusammenführung der Kranken- und Altenpflegeausbildung sowie die Streichung des Schulgeldes. Damit wird die Qualität der Pflegeausbildung gestärkt und ihre Attraktivität erhöht. Gerade vor dem Hintergrund des Pflegekräftemangels ist es wichtig, dass Auszubildende und Arbeitnehmer von Beginn an Wertschätzung für ihre berufliche Entscheidung erfahren. Das nun auf Bundesebene verabschiedete Pflegeberufsgesetz sorgt mit seiner stufenweisen Einführung dafür, dass die Stärkung der Pflege ohne Brüche gelingen kann und notwendige Nachjustierungen jederzeit möglich bleiben. Nach sechs Jahren werden die zentralen Bestimmungen evaluiert. Nur wenn sich dann mindestens die Hälfte der Auszubildenden für die generalistische Ausbildung und gegen Spezialisierungen entschieden hat, kommt für uns ein Auslaufen der eigenständigen Berufsabschlüsse für Alten- und Krankenpflegekräfte infrage. Hiermit werden die Mitwirkungsrechte der Pflegekräfte gesichert und mit Leben gefüllt.











Wir haben uns bei der Pflegeberufereform zwar für die Generalistik eingesetzt, halten den ausgehandelten Kompromiss mit zwei gemeinsamen Ausbildungsjahren und einem Spezialisierungsjahr aber dennoch für einen wichtigen Schritt und sind uns sicher, dass sich innerhalb der sechsjährigen Übergangsfrist ausreichend Auszubildende für den generalistischen Abschluss entscheiden werden. Die Möglichkeit des berufsqualifizierenden Pflegestudiums begrüßen wir darüber hinaus ausdrücklich. Die von der rot-grünen Landesregierung ohnehin geplante Ausbildungsumlage wird nunmehr durch das bundesweit vorgesehene Umlageverfahren ersetzt werden. Viele Pflegeschulen haben bereits vor einiger Zeit begonnen, die Weichen für die Umsetzung der Pflegeberufereform in Niedersachsen zu stellen, Kooperationen einzugehen und Inhalte zu entwickeln. Die Landesregierung ist mit allen beteiligten Akteuren im Gespräch, um die bundesgesetzlich vorgegebenen Fristen zur Umsetzung der Reform einzuhalten.




	<p>Wir wollen eine Reform der Pflegeberufe, die nicht zu Lasten von Ausbildungsqualität und Ausbildungskapazitäten erfolgt. Deshalb treten wir für eine "integrative Pflegeausbildung" mit gemeinsamer Grundausbildung und Spezialisierung in den unterschiedlichen Abschlüssen ein. Bei einer Neuordnung der Pflegeberufe brauchen wir zudem ein Konzept zur Sicherung der Ausbildungskapazitäten in ambulanten Pflegediensten und Einrichtungen der Altenpflege. Dieses soll möglichst schnell aufgestellt werden.</p>
<p>7. Was tun Sie, um den Aufbau primär qualifizierender Bachelorstudiengänge und spezialisierter Masterstudiengänge in Niedersachsen voranzutreiben?</p>	
	<p>Berufliche Bildung braucht engagierte Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler in ihrer beruflichen Perspektive unterstützen und die Unterrichtsversorgung verbessern. Wegen des wachsenden Bedarfs wird eine SPD-Landesregierung ihre Offensive für Fachkräfte in der Pflege verstärken. Die Lehrerbildung in den Studiengängen von Mangelfächern soll forciert und der Quereinstieg erleichtert werden. Ihr soll auch die Abschaffung des Numerus Clausus bei Bedarfswächern im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium zugutekommen. Die Akademisierung entspricht dem europäischen Standard. Eine ausschließliche Akademisierung lehnen wir aber ab. Eine Akademisierung würde auch der historischen Tradition des Pflegeberufs zuwiderlaufen und den Fachkräftemangel vergrößern.</p>
	<p>Die CDU begrüßt die Einführung des berufsqualifizierenden Studiums als wichtigen Beitrag durch berufliche Durchlässigkeit der Pflege. Durch die Vermittlungen von Pflegeprozessen und Fragen des Qualitätsmanagements öffnet sich der Weg für Leitungspositionen. Diesen Kurs werden wir mit geeigneten landespolitischen Maßnahmen konstruktiv begleiten.</p>
	<p>Wir haben uns bei der Pflegeberufereform zwar für die Generalistik eingesetzt, halten den ausgehandelten Kompromiss mit zwei gemeinsamen Ausbildungsjahren und einem Spezialisierungsjahr aber dennoch für einen wichtigen Schritt und sind uns sicher, dass sich innerhalb der sechsjährigen Übergangsfrist ausreichend Auszubildende für den generalistischen Abschluss entscheiden werden. Die Möglichkeit des berufsqualifizierenden Pflegestudiums begrüßen wir darüber hinaus ausdrücklich. Die von der rot-grünen Landesregierung ohnehin geplante Ausbildungsumlage wird nunmehr durch das bundesweit vorgesehene Umlageverfahren ersetzt werden. Viele Pflegeschulen haben bereits vor einiger Zeit begonnen, die Weichen für die Umsetzung der Pflegeberufereform in Niedersachsen zu stellen, Kooperationen einzugehen und Inhalte zu entwickeln. Die Landesregierung ist mit allen beteiligten Akteuren im Gespräch, um die bundesgesetzlich vorgegebenen Fristen zur Umsetzung der Reform einzuhalten.</p>

	<p>Um Aufstiegsmöglichkeiten zu ermöglichen befürworten wir es akademische Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und werden prüfen wie und wo dies am besten geschehen kann.</p>
<p>8. Inwieweit planen Sie die Pflegeforschung und den Aufbau von pflegewissenschaftlichen Fakultäten und Pflegeprofessuren durch eine bessere finanzielle Förderung in Niedersachsen zu fördern und zu unterstützen?</p>	
	<p>Wir werden die in dieser Legislaturperiode begonnenen Anstrengungen im Bereich der Pflegeforschung fortsetzen. So konnten das Angebot in Studium und Lehre an der Medizinischen Hochschule Hannover im Sinne eines Gesundheitscampus weiterentwickelt werden, indem der Bachelorstudiengang Pflege durch die Bereitstellung einer zusätzlichen Stiftungsprofessur ausgebaut wurde. Auch der Auf- und Ausbau von berufsbegleitenden Studienangeboten in den Pflege- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Oldenburg mit dem Schwerpunkt auf eine interprofessionelle Ausbildung der Medizin und Gesundheitsfachberufe gehört dazu. Die im Bereich der Pflegeforschung angestoßene Entwicklung wollen wir fortsetzen und nach Möglichkeit ausbauen, um den gesellschaftlichen Bedarf nach einer guten und menschenwürdigen Pflege auch wissenschaftlich zu unterstützen.</p>
	<p>Die CDU unterstützt den Ausbau der Pflegeforschung und steht einer stärkeren Verankerung der Pflegewissenschaften an niedersächsischen Hochschulen offen gegenüber. Einen besonderen Handlungsdruck sehen wir aufgrund der demografischen Entwicklung im Bereich demenzieller Erkrankungen. Es fehlen weiterhin wichtige Erkenntnisse zum Krankheitsverlauf. Die 2016 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Neuregelung zum Umgang mit der sogenannten gruppennützigen klinischen Forschung stellt einen wichtigen ersten Schritt dar, Erkenntnisse über den Krankheitsverlauf im fortgeschrittenen Stadium zu gewinnen, ohne die Würde des nicht mehr vollständig einwilligungsfähigen Patienten zu verletzen. Wir werden gemeinsam mit Betroffenen, ihren Angehörigen sowie den Pflege- und Forschungseinrichtungen weitere Maßnahmen abstimmen, um dem Krankheitsbild und den daraus erwachsenden Herausforderungen besser Rechnung tragen zu können. Gleichzeitig sorgt die Digitalisierung in Pflege und Gesundheitswesen für erhebliche Verwerfungen, die wissenschaftlich begleitet werden sollten. Dabei geht es um Fragen des Datenschutzes ebenso wie um die sachgerechte Anwendung technischer Assistenzsysteme und Verfahren, die trotz Pflegebedürftigkeit einen Verbleib in den eigenen vier Wänden ermöglichen. So werden wir ein durchlässiges System</p>

	zwischen stationärer Krankenhausbehandlung und Weiterversorgung in ambulanter, teilstationärer (Kurzzeitpflege) und vollstationärer Pflege entwickeln und dabei die digitalen Möglichkeiten nutzen. Hierbei ist eine wissenschaftliche Begleitung hilfreich.
	Siehe auch vorherige Antwort
	Die Hochschulen in unserem Land sollen sich an der akademischen Qualität der besten Hochschulen in der Welt orientieren. Studierende sollen an den Hochschulen in Niedersachsen exzellente Studienbedingungen vorfinden. Wir werden daher alles tun um unsere Hochschulen zu unterstützen. Um das zu finanzieren, benötigen die niedersächsischen Hochschulen eine verbesserte Grundfinanzierung. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, die Finanzausstattung den Erfordernissen der bestmöglichen Bildung anzupassen. Die Hochschulen sollen auch mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheiten erhalten, denn Hochschulen sind nicht nachgeordnete Behörden der Ministerien. Wir fordern, dass die Hochschulen im Rahmen der geltenden Gesetze und ethischen Grenzen autonom über den Inhalt von Forschung und Lehre bestimmen. Auch Organisation, Leitungs- und Entscheidungsstrukturen, Qualitätsentwicklung, Personal-, Finanz- und Baumanagement sowie die Erschließung externer Finanzquellen sind bei den Hochschulen am besten aufgehoben. Deregulierungen der Vergangenheit dürfen nicht rückabgewickelt werden. Insofern sehen wir bei der Frage der Schaffung eines Pflegeschwerpunktes auch die Hochschulen in der Pflicht.
9. Welche Maßnahmen planen Sie zur deutlichen Erhöhung der Ausbildungszahlen in der Pflege in Niedersachsen?	
	Um mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen, hat die SPD-geführte Landesregierung gesetzlich geregelt, dass Auszubildende in der Altenpflege kein Schulgeld zahlen müssen. Das Personal in den Heimen hat sich von 75.691 Pflegekräfte im Jahr 2011 auf 85.225 in 2015 erhöht. Das Land hat die Ausgaben für die Pflege gesteigert – von 157 Millionen Euro im Jahr 2012 auf rund 187 Millionen Euro 2017. Mehr denn je werden junge Menschen gebraucht, die einen Beruf im Gesundheits- und Sozialwesen ergreifen wollen. Wir werden deshalb auch prüfen, ob sich die schulische Ausbildung in den sozialen- und Gesundheitsfachberufen zu einer dualen Ausbildung weiterentwickeln lässt: Sie garantiert die gute Verbindung von Theorie und Praxis. Dabei sind Auszubildende von Anfang an Teil der aktuellen täglichen Abläufe des Ausbildungsbetriebs. Sie sollen nicht zusätzlich durch ein Schulgeld belastet werden, sondern als angehende Fachkräfte ein Entgelt erhalten.

	<p>Die CDU geht davon aus, dass durch die grundlegende Reform der Pflegeausbildung die Ausbildungszahlen erhöht werden können. Weitere Beiträge sollen die Imagekampagne (Frage 1) und das Ausbildungsförderprogramm für EU-Ausländer (Frage 2) leisten. Des Weiteren wird auf die Antworten zu den Fragen 6 und 7 verwiesen.</p>
	<p>Die Ausbildungszahlen in den Pflegeberufen sind in den vergangenen Jahren konstant gestiegen. Auch die Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Durch die mit der Pflegeberufereform beschlossene Ausbildungsumlage erhalten ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen zusätzliche Anreize dafür, junge Menschen auszubilden.</p>
	<p>Wir wollen, die Türen für Ausbildungen im Pflegebereich weit offen zu halten. Wir sollten uns über jeden Menschen freuen, der seine berufliche Perspektive in der Verantwortung eines Pflegedienstes sieht. Den politischen Trend durch Akademisierung und Allgemeinausbildung jungen Menschen den Einstieg zu erschweren, sehen wir kritisch. Darüber hinaus gilt es für uns, wie bereits ausgeführt, die Attraktivität des Berufes zu steigern umso mehr Menschen für diesen wichtigen Beruf zu begeistern. Ein Hauptproblem liegt in der überbordenden Bürokratie unter der alle leiden. Wir Freie Demokraten wollen, dass bei Heil- und Pflegeberufen die Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen und nicht die Bürokratie. Daher wollen wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern, damit mehr Zeit für Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung steht. Ein Lösungsansatz ist unter anderem die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen. Wir Freie Demokraten fordern auch mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung der professionellen Pflege. Pflegende tragen große Verantwortung und sind körperlich und psychisch stark gefordert. Das muss sich in der Vergütung ihrer Arbeit widerspiegeln. Die Vergütung der Arbeit in der Pflege muss die fachliche Qualifikation widerspiegeln.</p>
<p>10. Wie steht Ihre Partei zur Beibehaltung der Fachkraftquote von 50 Prozent in stationären Altenpflegeeinrichtungen in Niedersachsen?</p>	
	<p>An der Fachkraftquote von 50 % halten wir fest. Dennoch weisen wir darauf hin, dass wir flexible Lösungen brauchen, die nicht dazu führen, dass für jede Pflegeassistenz gleichzeitig eine Fachkraft eingestellt werden muss.</p>

	<p>Die CDU ist für eine Novellierung der Heimpersonalverordnung offen, die die bisher starren Regelungen flexibilisiert, ohne jedoch die hohen Qualitätsstandards senken zu müssen. Notwendig ist ein vernünftiger Ausgleich zwischen dem auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Fachpersonal und den Ansprüchen der Einrichtungen auf eine hohe Quote qualifizierter Pflegefachkräfte. Abhilfe können dabei auch ausländische Fachkräfte leisten. Mit einem Ausbildungsförderprogramm für Jugendliche aus EU-Mitgliedsstaaten mit dem Ausbildungsziel Pflegefachkraft sowie mit einem Landesprogramm zur Qualifizierung anerkannter Flüchtlinge zu Pflegeassistenten werden wir zusätzliche Pflegekräfte gewinnen. Wir werden zusätzlich mit einem beschleunigten Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse sowie mit Angeboten der Nachqualifizierung zu einem schnelleren Einsatz bereits ausgebildeter Fachkräfte kommen.</p>
	<p>Die Fachkraftquote in der stationären Altenpflege ist mittlerweile über 20 Jahre alt und nicht mehr zeitgemäß. Gerade vor dem Hintergrund des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes, der deutliche höhere Anforderungen an die Versorgungsqualität stellt, erscheint ein hälftiger Fachkräfteanteil nicht mehr angemessen. Wir begrüßen daher die Entwicklung des Personalbemessungsinstrumentes, das die Fachkraftquote perspektivisch ablösen sollte. Wir werden uns daher für eine verbindliche Umsetzung des Bemessungsinstrumentes einsetzen.</p>
	<p>Diese Vorgabe sehen wir kritisch, sie geht inzwischen an der Realität der Bedarfe vorbei.</p>
<p>11. Wie stehen Sie zur Übertragung von medizinischen Aufgaben (Substitution) an Pflegefachpersonal zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgungsstruktur insbesondere im ländlichen Raum?</p>	
	<p>Wir sind nicht der Auffassung, dass wir die Substitution neu erfinden müssen, weil sie ohnehin zum originären Aufgabenbereich der ambulanten Pflegedienste gehört und nach unserer Auffassung stärker einbezogen werden müsste.</p>

	<p>Wir werden ein landesweites Konzept „Gesundheitsversorgung 2030“ zur Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung entwickeln. Es bündelt u.a. die Aktivitäten in den Bereichen Zukunftssicherung der Pflege, Rehabilitation, Prävention und Palliativmedizin. Vor allem werden wir die digitalen Anwendungen und neue Chancen in der Medizintechnik berücksichtigen. Wir werden ein digitales Versorgungssystem aufbauen, bei dem medizinisches Fachpersonal Hausbesuche erledigt und elementare Gesundheitsdaten zur Kontrolle an die Hausärztinnen und -ärzte übermittelt. So werden wir ärztliche Delegationsmodelle für nicht-ärztliche Routinetätigkeiten um Elemente des E-Health erweitern und Telemonitoring stärken, um insbesondere leicht zu ermittelnde Werte wie EKG, Blutdruck oder Blutzuckerwerte selbst zu erfassen und zu übermitteln. Für die Anschaffung datenschutzkonformer sogenannter Wearables zur Gesundheitsprävention stellen wir 2 Mio. Euro zur Verfügung. In diesem Zusammenhang werden wir auch prüfen, wie qualifiziertes Pflegefachpersonal sinnvoll in die Gewährleistung einer adäquaten Versorgungsstruktur eingebunden werden können.</p>
	<p>Delegations- und Substitutionsmodelle kommen bereits heute in Niedersachsen zur Anwendung (z.B. VERAH) und stellen eine sinnvolle Möglichkeit zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung gerade im ländlichen Raum dar. Auch mobilitätseingeschränkte Menschen profitieren von derartigen Angeboten. Parallel zur Niederlassungsförderung für Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum wollen wir auch Delegations- und Substitutionsmodelle weiter ausbauen und medizinisches Personal dafür qualifizieren.</p>
	<p>Wir sehen die durchweg positiv. Seit langer Zeit ist das Problem der Hausarzt-Unterversorgung (insbesondere im ländlichen Raum) bekannt – von Fachärztinnen und Fachärzten ganz zu schweigen. Diesem zunehmenden Mangel wollen wir zum Beispiel durch die Förderung von Gemeinschaftspraxen (Reduzierung der Kosten für junge Mediziner) und durch Gründungen von medizinischen Versorgungszentren entgegenwirken. Auch die Modellprojekte, wie MoNi und Vera, bei denen Arzthelferinnen und Arzthelfer Aufgaben der medizinischen Versorgung übernehmen, sollten ausgebaut werden. Zukünftig sollte diese sektorübergreifende Versorgung auch mit Pflegekräften ausgebaut werden.</p>